

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 32 (1991)
Heft: 12

Artikel: Ein Libanon ohne Syrien
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093303>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ein Libanon ohne Syrien

Dem jugoslawischen Staatswesen droht nicht nur die Zergliederung, sondern innerhalb der Gliedstaaten auch die Zerstückelung. Die Zahl der kleinen Explosionen vergrößert sich und hat eine impulsive Gesamtwirkung.

Die Gräben zuzuschütten, wäre in Jugoslawien das Gebot der Stunde, aber allseits geht man daran, sie weiter zu vertiefen.

Am 30. Mai hat das kroatische Parlament in Anbetracht der schon nicht mehr angebliebenen Tatsache, dass sich der jugoslawische Bundesstaat als funktionsunfähig erwiesen habe, eine Entscheidung von historischer Tragweite gefällt. Es verpflichtete die kroatische Regierung, «alle Vorbereitungen zur Gründung eines Staatenbundes zu treffen». Das ist mit einem Ultimatum verbunden, denn für den Fall, dass es hierüber zu keiner Einigung unter den jugoslawischen Republiken käme, soll sich Kroatien von Jugoslawien trennen. Und diese Konsequenz will man ziehen, wenn bis zum 30. Juni dieses

Jahres kein neuer Staatsvertrag vorliegt. Die Frist ist also kurz bemessen, so kurz in der Tat, dass es praktisch auf die Wahl der Alternativlösung hinausläuft.

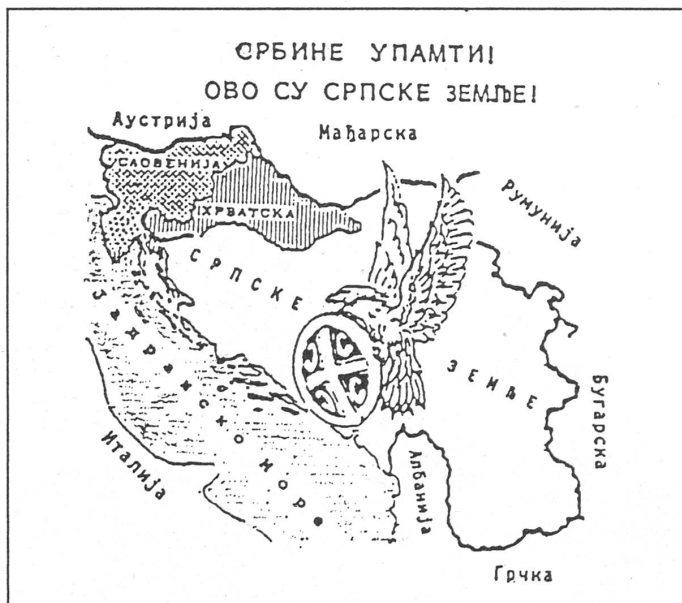
Die Republik Slowenien hat ihrerseits inzwischen dem Belgrader Bundesparlament ihren Austritt aus Jugoslawien auf den 26. Juni formell mitgeteilt. Damit erübrigt sich der letzte Rest an Spekulationen über ein slowenisches Pokerspiel. Die Sezession war nicht nur so angesagt, sondern auch so gemeint.

Demgegenüber hat sich der serbische Präsident Slobodan Milosevic für die Aufrechterhaltung des Bundesstaates ausgesprochen. Aber wie soll das ermöglicht werden? Die politischen Strukturen des bisherigen sozialistischen Jugoslawiens sind abgestorben, es gibt keine gesamtjugoslawische Integrationsfigur à la Tito, und die kommunistische Partei hat ausgespielt; nicht einmal in Serbien, wo sie, zur sozialistischen Partei umbenannt, noch die letzten Wahlen gewann, hat sie ihre Massgeblichkeit bewahren können.

Der einzige bundesstaatliche Faktor von Belang bleibt unter diesen Umständen die (serbisch dominierte) Jugoslawische Volksarmee. Sie könnte zu einer bewaffneten Aktion gegen die «Separatisten» eingesetzt werden, aber politisch wäre das ein hoffnungsloses Unterfangen; man kann nicht gesamtjugoslawische Strukturen «erhalten» wollen, wenn es sie gar nicht mehr gibt.

Dementsprechend hat der serbische Präsident Milosevic denn auch erklärt, falls Jugoslawien auseinanderbräche, werde er die «Einheit aller Serben in einem Staat» anstreben. Das hat nichts mit einer Bescheidung auf die gegenwärtige Republik Serbien zu tun. Vielmehr meint er auch die Serben in den serbisch besiedelten Gebieten ausserhalb Serbiens, und deren gibt es viele.

Im Klartext heisst das, dass Milosevic die bisherigen Grenzen zwischen den einzelnen Republiken nicht anerkennt. Das lässt sozusagen das Programm für den Weiterverlauf des innerjugoslawischen Konfliktes erkennen, und Kroatien, das von den serbischen



Gebietsansprüchen akut betroffen wird, hat den Fehdehandschuh bereits aufgenommen.

Tatsächlich sind in Kroatien neun Elitebrigaden mit je 2500 Mann aufgestellt worden. Sie sind mit Panzer- und Flugzeugabwehrmitteln ausgerüstet. Im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung könnten sie die Kerntuppe der territorialen Verteidigung bilden, deren Reservistenverbände sonst militärisch und technisch weniger ernst zu nehmen sind.

Die Serben sind militärisch stärker. Sie können sich einerseits auf die Loyalität von mindestens 60 Prozent des schon bestehenden Bundesheeres verlassen, und sie haben überdies unter der Hand die serbische Bevölkerung in den Republiken Bosnien-Herzegowina und Kroatien sowie in der Provinz Kosovo mit Waffen versorgt. Das gleiche gilt für die Serben, die in ihrer Heimat selbst in einer Umgebung mit einer muslimischen Mehrheit wohnen. Die Waffen kommen einerseits aus den Beständen der Bundesarmee (deren Führung bei illegalen Transaktionen dieser Art «weschaut») und andererseits ganz direkt aus den Waffenfabriken des staatlichen Konzerns Rote Fahne in Kragujevac. So halten sich auch die Serben schon längst nicht mehr an die gesamtjugoslawischen Regeln, die sie angeblich zu verteidigen wünschen.

So könnte man von einer «Libanisierung» Jugoslawiens sprechen, wobei es allerdings kein Korrelat zu Syrien gibt, das im wirklichen Libanon die Chance genutzt hat, sich als massgebliche Ordnungsmacht zu etablieren. Die Jugoslawen bleiben in ihren Wirren unter sich. Die Sowjetunion ist in Osteuropa kein Eingriffsfaktor mehr, und die Nachbarn haben den Wunsch, in Ruhe gelassen zu werden.

Sonst aber nähert sich Jugoslawien tatsächlich dem Bild an, das Libanon vor einigen Jahren geboten hat. Es gibt eine Art von Privatarmeen, schon aufgebaut oder noch im Aufbau begriffen, von den politischen Zentren nur schwer unter Kontrolle zu halten. Dabei ist das Leitmotiv der Aktion, nämlich die Bildung eines einheitlichen Grossserbiens anhand von geographisch-ethnischen Kriterien eigentlich gar nicht möglich. Ein-

deutige ethnische Trennungslinien sind praktisch nirgends gegeben. Die Bevölkerung ist dafür zu sehr durchgemischt, und oft genug verlaufen die «nationalen» Fronten mitten durch Familien. Eine territoriale Neuordnung nach Bevölkerungskriterien ist eine schiere Illusion, aber Illusionen als politische Zielsetzung gibt es immer wieder, und Milosevic bietet eine Neuauflage an.

Noch gibt es verantwortliche Leute in Jugoslawien, die dem drohenden Bürgerkrieg mit einem Kompromiss zuvorkommen möchten. Mazedonien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina erstreben einen Bund souveräner Republiken mit einer gemeinsamen Aussenpolitik und einer gemeinsamen Währung (Euro-Dinar), also eine Art südslawischer Mini-EG. Slowenien hat den Glauben daran aufgegeben, könnte sich aber gegebenenfalls als souveräner Staat einem solchen Gebilde anschliessen. Es gibt auch andere Rettungsvorschläge, deren Brauchbarkeit vom guten Willen der Beteiligten abhängt.

Nun gibt es einen Prüfstein für den guten Willen: die jeweilige Behandlung der Minderheiten. Insbesondere käme es auf die Bereitschaft Kroatiens an, den serbisch bewohnten Regionen auf seinem Territorium einen Autonomiestatus zu gewährleisten, mit serbisch geführten Schulen usw. Im Gegenzug müssten die Serben den Minderheiten in ihrer Republik, zum Beispiel den Moslems in Sandzak, mindestens kulturelle Autonomie zugestehen, statt sie als potentielle Feinde in Schach zu halten. (Allerdings hat Serbien viel von seiner Glaubwürdigkeit im Umgang mit andern Völkern eingebüsst, als es seiner Provinz Kosovo den Autonomiestatus aberkannte. Seine Wiederherstellung wäre heute nur der erste Schritt zu einer neuen Regelung im ganzen Verhältnis von Serben und Albanern.)

Ein alleseitig guter Umgang mit den Minderheiten würde automatisch das Problem neuer Grenzen zwischen den Republiken entschärfen. Wenn die Minderheiten sehen, dass es sich mit dem jeweiligen Staatsvolk leben lässt, hört auch die nationalistische Demagogie führender Politiker auf, sie in den Bann zu ziehen. Anders aber verfeinden sich die Völker so, dass ihre Selbstfindung den bösen Weg nimmt. ■

LESERFORUM

Slowenien ist bedrohter, als man meint

(Zuschrift eines Studenten aus Ljubljana)

Man hat mir Ihre Zeitschrift mit ihren Beiträgen über Jugoslawien und unsere Republik zum Lesen gegeben, und obwohl ich unmittelbar vor meinem Doktorexamen stehe, möchte ich Ihnen eine ergänzende und aktuelle Schilderung zustellen. Unser Aussenminister hat Ihnen richtige, aber zurückhaltende Auskünfte gegeben. Die Lage und die Stimmung hier werden so im Ausland vielleicht nicht genügend fassbar.

Heute ist der 26. Mai, und in genau einem Monat werden wir uns von Jugoslawien trennen und unsere Unabhängigkeit proklamieren. Sie haben von den blutigen Ereignissen in Kroatien und in Kosovo gehört. Uns Slowenen sind Auseinandersetzungen dieser Art erspart geblieben – bis jetzt. Indessen ist es keineswegs sicher, dass es beim friedlichen Prozess unserer Sezession bleiben wird; die meisten meiner Landsleute sind da sehr skeptisch, und die Vorgänge der letzten Woche geben dem Pessimismus noch Auftrieb.

Slowenien hat schon seit langem eine eigene Territorialverteidigung im jugoslawischen Rahmen, ursprünglich gedacht als zusätzlicher Schutz gegen ausländische Aggression. Die fraglichen Truppen, ausschliesslich aus Slowenen rekrutiert, haben in jüngster Zeit einen neuen Sinn erhalten als Abschreckung gegen die serbische Usurpationspolitik und gegen die Versuche der proserbischen jugoslawischen Armee, die Demokratie und Unabhängigkeit Sloweniens zunichte zu machen. Die proserbische Lobby im Belgrader Bundesparlament unternahm den Versuch, die slowenische Territorialverteidigung dem jugoslawischen Armeekommando zu unterstellen, aber glücklicherweise missriet dieses Vorhaben. Deshalb versuchen es die Serben jetzt mit dem Mittel der Provokation.

Als man in Belgrad die Einsetzung des Kroaten Stipe Mesic als ersten nichtkommunistischen Präsidenten des jugoslawischen Bundesstaates hintertrieb, nahm man sich sozusagen auch Sloweniens an. Letzte Woche kontrollierten zwei bewaffnete serbische Soldaten in herausfordernder Nähe die Territorialverteidigungsablage in Pekre. Beide wurden von Soldaten der slowenischen Territorialverteidigung festgenommen, verhört und nach einer halben Stunde wieder freigelassen, mitsamt ihren Waffen und ihrer scharfen Munition. Indessen

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 412775

... Steiger druckt's